



## GRÜNE gegen Rassismus

Die Grüne Fraktion hat sich vor Ort gemeinsam mit den vielen Aktiven in Initiativen und Bündnissen an den Gegen-Demonstrationen zu Veranstaltungen der Partei Pro NRW beteiligt. Die Rechtsextremen haben zu insgesamt 21 Demonstrationen vor Flüchtlingsunterkünften aufgerufen, und das ausgerechnet parallel zu den Wochen gegen Rassismus. Damit will die rechtsextreme Partei erneut Ressentiments in der Gesellschaft schüren und Flüchtlinge kriminalisieren. Die Fraktion erteilt dieser rassistischen Hetze eine klare Absage und unterstützt die zivilgesellschaftlichen Gegenaktionen.

Leider ist Rassismus Alltagsrealität in unserer Gesellschaft. Das haben auch die wissenschaftlichen Studien der vergangenen Jahre immer wieder festgestellt. Diesem gesamtgesellschaftlichen Problem können wir nur durch

offenes Ansprechen und Sensibilisierung begegnen.

Die Grüne Fraktion macht sich stark für den Kampf gegen Rechts. Trotz des großen Spardrucks wurden zusätzliche Mittel für die Arbeit gegen Rechtsextremismus im Haushaltsetat der Landeszentrale für politische Bildung eingestellt.

Inzwischen sind auch die beiden neuen Beratungsstellen für Opfer rechtsextremistischer und rassistischer Gewalt in NRW, für die wir uns stark gemacht haben, angelaufen. Das nächste Ziel ist, ein Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus zu erstellen, das die Arbeit gegen Rechts mit einer nachhaltigen Strategie unterlegt und die Aktiven vor Ort unterstützt.



Ein Video der Fraktion für mehr Vielfalt finden Sie hier: <http://gruene.fr/3k>



## FDP debattiert beim Werkstattgespräch über Zukunft der Berufskollegs



Vor welchen Herausforderungen stehen die Berufskollegs in den kommenden Jahren und wie können sie bewältigt werden? Darüber hat die FDP-Landtagsfraktion mit mehr als 80 Teilnehmern aus Berufskollegs, Wirtschaft, kommunalen Spitzen- und Elternverbänden beim Werkstattgespräch „Duales System: Zukunft des

Berufskollegs“ diskutiert. In seiner Begrüßung unterstrich FDP-Fraktionschef Christian Lindner die Gleichwertigkeit beruflicher und akademischer Bildung. Die duale Ausbildung sei das Rückgrat der Ausbildung für die Wirtschaft, um das viele Länder Deutschland beneiden. „Eine ausgeprägte Abiturfixierung, mangelnde Ausbildungsreife junger Menschen sowie angekündigte Veränderungen beim Übergangssystem Schule und Beruf stellen jedoch steigende, komplexe Anforderungen an die Berufskollegs“, erläuterte Ingola Schmitz (Foto, l.), Sprecherin für berufliche Aus- und Weiterbildung der FDP-Fraktion.

Prof. Dr. Friedrich Hubert Esser, Präsident des Bundesinstituts für Berufsbildung, der Vorsitzende des Verbands der Lehrerinnen und Lehrer an Berufskollegs, Wilhelm Schröder, und Knut Heine, Geschäftsführer für Berufsbildung

von der HWK Münster beleuchteten verschiedene Aspekte wie die Auswirkungen des demografischen Wandels, die Fachkräftesicherung, die Ressourcen an den Berufskollegs, die zukunftsfähige Ausgestaltung der Bildungsgänge, das duale Studium sowie die zunehmende Bedeutung der interkulturellen Bildung. Nach dem intensiven Gedankenaustausch bilanzierten Schmitz und FDP-Bildungsexpertin Yvonne Gebauer (Foto, r.): „Für die weitere bildungspolitische Arbeit der FDP-Landtagsfraktion hat dieses Werkstattgespräch viele wichtige Impulse geliefert.“



## Wir wollen's wissen

Fast 50 Mal ist das Wort Transparenz im Koalitionsvertrag erwähnt. Doch bisher bleibt es die Landesregierung schuldig, diesen Begriff mit Leben zu füllen. Das wollen wir ändern und fordern ein echtes Transparenzgesetz für Nordrhein-Westfalen. Mit einer Postkartenaktion laden die Piraten die Menschen in NRW ein, sich an dessen Entwicklung zu beteiligen.

Wer etwas von der Regierung oder einer Behörde erfahren möchte, bleibt häufig in einem Dickicht von Anträgen und Formularen stecken. Dabei sind diese Informationen mit Steuergeldern finanziert. „Die Landesregierung verbarrikadiert sich in Sachen Transparenz und Bürgerbeteiligung hinter Worthülsen. Vielleicht ändert sich das mit dem Druck



der Öffentlichkeit: Wir fragen die Menschen in NRW, was sie interessiert, welche politischen Entscheidungen transparenter gemacht werden müssen“, erklärt Michele Marsching, Abgeordneter der Piratenfraktion.

Mit der Unterstützung unserer Mitglieder verteilen wir insgesamt 50.000 Postkarten

in der Bevölkerung. Unter dem Motto „Ich will's wissen“ fordern wir die Bürger auf, ihre Fragen zu formulieren und an uns zurückzusenden. Zusätzlich gibt es ein Online-Formular auf [www.transparenz-nrw.de](http://www.transparenz-nrw.de) (QR-Code s. u.). Die Antworten werden gesammelt, analysiert und fließen in die weiteren Vorbereitungen für ein Transparenzgesetz ein. Dabei verzichten wir auf den Einsatz eines großen Budgets: Für den direkten Dialog mit den Bürgern im Land brauchen wir noch nicht einmal 5.000 Euro.

